

Preussische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft

Sitz der Verwaltung: (20a) Hannover, Marienstr. 19

Drahtanschrift: Preussenelektra Hannover.

Fernruf: 8 61 01.

Bankverbindung: Niedersächsische Landesbank - Girozentrale-Hannover.

Gründung: Die Gesellschaft ist 1927 hervorgegangen aus der "Preussische Kraftwerke Oberweser A.-G.", die am 28. September 1923 mit einem Grundkapital von RM 10 000 000.- und mit dem Sitz in Kassel gegründet war. (Über Einzelheiten der im Jahre 1927 vorgenommenen Umgründung in die "Preussische Elektrizitäts-A.-G." s. unter "Aufbau und Entwicklung").

Zweck: Errichtung, Erwerb und Betrieb elektritätswirtschaftlicher Anlagen zur sicheren und vorteilhaften Versorgung der Bevölkerung mit elektrischem Strom.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung des Gesellschaftszweckes andere Unternehmungen verwandter Art zu betreiben oder sich an solchen zu beteiligen.

Vorstand: Kurt Hoffmann, Gehrden üB. Hannover; Karl Wolter, Hannover.

Aufsichtsrat: Hermann Schilling, Staatsfinanzrat a.D., Vorstandsmitglied der Vereinigte Elektrizitäts- u. Bergwerks-A.-G., Hamburg, Vors.; Dr. jur. h.c. Walter Kolb, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt(M.), stv. Vors.; Dr. Herbert Lubowski, Ministerialrat im Finanzministerium Hessen, Wiesbaden, stv. Vors.; Dr. Johannes Schwandt, Ministerialdirigent im Finanzministerium Niedersachsen, Hannover, stv. Vors.; Herm. Brekenfeld, Staatsfinanzrat a.D., Treuhänder der Preussische Bergwerks- und Hütten A.-G., Goslar; Julius Fengler, Oberkreisdirektor a.D., Gleidingen; Carl Hannemann Oberkreisdirektor, Heide, Krs. Norderdithmarschen, Holstein; Otto Klewitz, Berghauptmann, Oberbergamt, Clautal-Zellerfeld; Helmut Meyer, Oberkreisdirektor, Braunschweig; Dipl.-Ing. Aloys Reinauer, Regierungsbaumeister a.D., Vorstandsmitglied der Bayernwerk A.-G., München; Dr. Eduard Schalfjew, Verwaltung für Wirtschaft, Frankfurt(M.)-Höchst; Hauptabteilungsleiter Herbert Schlebusch, Präsident, Niedersächsischer Verwaltungsbezirk Braunschweig, Braunschweig; Heinrich Schöller, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk A.-G., Essen; Georg Treser, Stadtrat, Stadtwerke Frankfurt (Main), Frankfurt(Main); Dipl.-Ing. Heinz Wagner, Abteilungsleiter, Hessisches Staatsministerium, Minister für Wirtschaft und Verkehr, Wiesbaden; Werner Zachariae, Regierungspräsident a.D., Köln.

Abschlussprüfer: Deutsche Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Berlin.

Geschäftsjahr: 1. April bis 31. März.

Stimmrecht der Aktien in der H.-V.: Je nom. RM 1 000.- = 1 Stimme.

Satzungsgemäße Verwendung des Reingewinns:

Die H.-V. beschließt alljährlich in den ersten 6 Monaten des Geschäftsjahres über die Verteilung des im Vorjahre erzielten Reingewinns.

Zahlstelle: Niedersächsische Landesbank, -Girozentrale-Hannover, Hannover.

Aufbau und Entwicklung: Die Preussische Elektrizitäts-Aktiengesellschaft ist durch Zusammenfassung der elektritätswirtschaftlichen Unternehmungen und Beteiligungen entstanden, die der damalige Preussische Staat in einer über mehr als 20 Jahre zurückreichenden Entwicklung errichtete und erworben hat. Ausgehend von den Ausbauarbeiten für den Mittellandkanal, bei dem die anfallenden Wasserkräfte elektrisch nutzbar gemacht wurden, hat der Preussische

Staat eine Groß-Stromversorgung ausgebaut, die im wesentlichen eine Verwirklichung der im Jahre 1917 bekanntgegebenen Pläne des damaligen Ministers für öffentliche Arbeiten darstellt. Die von ihm erhobene Forderung, auf der Grundlage der staatlichen Stromerzeugung auch ein einheitliches Stromabsatzgebiet "von Bremen bis zum Main" zu schaffen, konnte in wirksamer Weise erst in Angriff genommen werden, nachdem im Herbst 1927 die Elektrizitätsinteressen des Preussischen Staates in der Preussischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zusammengefaßt worden waren und die Gesellschaft die Ermächtigung erhalten hatte, bis zu 26 % ihres Aktienkapitals kommunalen Körperschaften zu überlassen.

Durch Gründung von Stromversorgungsgesellschaften, Erwerb kommunaler Verteilungsunternehmen oder Beteiligung an solchen, wurde in freier Verständigung eine weitgehende Verzahnung der Interessen von Erzeuger und Verbraucher erreicht. Sie ermöglicht es, Unwirtschaftlichkeiten, die sich aus dem Nebeneinanderbestehen kleiner, vielfach zersplitterter Versorgungsnetze ergaben, zu beseitigen. Einheitliche Dispositionen für eine rationelle Gestaltung des Stromabsatzes sowie Werbemaßnahmen zur Steigerung des Stromabsatzes auf der Basis eines verbesserten, allgemein gültigen Tariffsystems bildeten die Merkmale des weiteren Auf- und Ausbaues der Gesellschaft bis in die jüngste Zeit.

Heute umfaßt das in sich geschlossene Versorgungsgebiet der Gesellschaft und ihrer Beteiligungen im wesentlichen Nordwestdeutschland einschl. Schleswig-Holstein und erstreckt sich nach Süden bis in das Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet.

Außerdem hat die Gesellschaft Einfluß auf die Elektrizitätswirtschaft im Saargebiet, in Ostpreussen, Westpreussen und Thüringen, die aber durch den Kriegsausgang ihrer Verfügungsgewalt entzogen worden sind. 1927: Zusammenschluß mit der Bayernwerk A.-G. zwecks Austausch von Braunkohlenstrom gegen Wasserspitzenstrom durch Kupplung der Netze in Aschaffenburg.

1928: Gründung der A.-G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft gemeinschaftlich mit Elektrowerke A.-G., der Bayernwerk A.-G. und anderen Großunternehmen zur Förderung und Fortsetzung der begonnen Konzentrations- und Demarkationsbewegung.

Verständigungsabkommen mit der Bayernwerk A.-G., Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen G.m.b.H., Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk A.-G., A.-G. Sächsische Werke und Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs A.-G., Thüringenwerk. Vertrag mit der Elektrowerke A.-G. über Abgrenzung der beiderseitigen Versorgungsgebiete und Vereinbarungen über engere Zusammenarbeit.

1929: Zusammenfassung des Versorgungsgebietes des Städtischen Elektrizitätswerkes Nienburg mit dem des Kreises Nienburg durch Gründung der Nienburger Stromversorgungs-A.-G. (Niestrag) durch die Preussenelektra gemeinschaftlich mit der Stadt Nienburg. Die Versorgung des Landkreises Stolzenau wird durch die Nienburger Stromversorgungs-A.-G. übernommen. Gründung der Schleswig-Holsteinische Stromversorgungs-A.-G. (Schleswig) gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Elektrizitätsverband.

Gründung der Hannover-Braunschweigische Stromversorgungs-A.-G. (Hastra) durch Zusam-